



Sündesten. Ja, wer diese Steinbearbeitung nur vom Zuschauen kennt und die schweren Werkzeuge nur in den Händen anderer sah, und dann die von der Sonne, dem Wind und Wetter gebräunten Gestalten dieser Steinarbeitergruppe nur flüchtig beobachtet, der sagt: Sehr gesund!

Bei der Bearbeitung kommen in Betracht: Knack- oder Steinschläger (männlich und weiblich) und Pfasteinmachere, die je nach den Landesteilen Böttcher, Steinrichter, Püker, auch Ripper genannt werden, ferner Schotterwerker, Pfeiler. Die Knackschläger zerklüffern die Bruchsteine und Mafälle mit einem langhütigen Hammer. Um Augenverletzungen zu verhüten, besteht die Verpflichtung für die Arbeiter, Schutzbrillen zu tragen. Die Arbeit wird meistens in stehender Stellung ausgeführt, als Sitz dient gewöhnlich ein Steinhaufen mit Stroh oder Säcken bedeckt. Diese Arbeiter sind jedem Witterungswechsel ausgesetzt, allerdings hat der Unternehmer die Pflicht, Schutzdächer zu stellen. Die Folge dieser Steinbearbeitung ist weniger der Staubeinfluss, sondern in der Hauptache — Rheumatismus. Die Herstellung des feineren Steinblatts erfolgt in der Regel durch Brechwerke (Maschinen). Die Arbeiter, die diese Steinbearbeitung vollziehen und den Brecher bedienen, sehen aus wie Müller, der seine Staub dringt durchs Zeug in alle Poren und macht natürlich vor den Atmungsorganen nicht Halt. Der ungeheure Lärm, den die Brechmaschinen in den Schotterwerken verursachen, ist gewiß keine Nervenschädigung, und wenn hier nicht Arbeiter in Betracht kämen, die öfter wechseln, sei es, daß sie von dieser Steinbearbeitung ganz ausschließen oder im Steinbruchbetrieb mit der Tätigkeit wechseln; würde die Staubeinwirkung auf die Atmungsorgane eine viel unheilvollere sein. Das Steinmaterial, welches hierbei in Frage kommt, ist Hartgestein, dessen Staubpartikelchen nicht zu den „gefährlicheren“ gehören.

Der Pfasteinmacher gibt dem Stein die vorgeschriebene Form. Diese Steinbearbeitung erzeugt, soweit eruptives Gestein zur Verwendung gelangt, weniger schädlichen Staub, anders dagegen steht es bei der Bearbeitung des Kuhlrohlsandstein zu Pfaster und der besonderen Grauwacke-Art, die z. B. in Gommern bei Magdeburg gewonnen und dort auch für Pfastersteinmaterial aller Art bearbeitet wird. Die Steinarbeiter dort kommen meistens erst in reiferen Jahren in den Steinbruchbetrieb. Trotzdem haben fast alle dortigen Krankheits- und Todesfälle in den Gommernschen Steinbruchbetrieben als Ursache die Einatmung des verderblichen Steinstaubes. Doch wenden wir uns nunmehr der Hauptgruppe zu, die unter der Staubeinwirkung am schlimmsten zu leiden hat: den Steinhauern, Steinmehern und Steinbildhauern. Darüber im nächsten Artikel.

## Die Aktentotiz.

Bei dem Nachstreben der Unternehmer muß ihnen natürlich daran liegen, die ausführenden Organe der politischen Staatsgewalt derartig zu beeinflussen, daß sie ihnen nicht gefährlich werden könnten. Von den Ministerien der Reichsregierung liegt den Unternehmern neben dem Reichswirtschaftsministerium das Reichsarbeitsministerium (R.A.M.) am Herzen. Die zunehmende Macht der Gewerkschaften macht es erforderlich, der Arbeiterfrage in all ihren Teilen die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb das Bestreben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Einfluß auf das R.A.M., als den Mittler im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit, zu bekommen. Es ist ein großes Verdienst der Gewerkschaftszeitung (Wochenchrift des D.G.B.), durch Veröffentlichung einer sogenannten Aktentotiz Licht darüber verbreitet zu haben, wie und in welcher Form die Unternehmerverbände mit dem R.A.M. zu verhandeln pflegen und wieweit eine Einflußnahme bereits gelungen ist.

Der Syndikus der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Meißinger, hatte am 8. August eine Besprechung mit Vertretern des R.A.M., den Herren Ministerialdirektor Dr. Söhler und Ministerialrat Neues, über die Herr Dr. Meißinger die Unternehmerverbände in Form einer „Aktentotiz“ unterrichtet. Dieses Dokument ist das Ungeheuerlichste, was man in den letzten Jahren gedruckt zu Gesicht bekam. Wesshohn im kaiserlichen Deutschland der Auspruch des preussischen Ministers v. Bütticher gegenüber den Unternehmern: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie“ einen Sturm der Entrüstung auslöste, um wieviel mehr heute, wo wir in einer freien Republik leben und von den Vertretern des R.A.M. sinngemäß das gleiche erklärt wurde. Der Reichsarbeitsminister ist überdies ein den christlichen Gewerkschaften nahestehender Mann. In der Tat ist die Entrüstung bei den durch Hunger und Not ein Jahrzehnt lang gequälten Arbeitermassen mehr als berechtigt.

Herrn Dr. Meißinger kam es darauf an, „noch einmal die Herren mit allem Nachdruck zu bitten, die derzeitigen Bauarbeiterlöhne als Ergebnis auch der für die einzelnen Bezirke erfolgenden Verhandlungen unbedingt festzusetzen und gleichzeitig dahin zu wirken, daß die Arbeit in den betroffenen Bezirken zu den bisherigen Bedingungen ... wieder aufgenommen wird. Beide Herren bestätigten mir (wir zitieren aus dem Bericht Meißingers), daß sie entschlossen seien, dieses Ziel zu erreichen. Nachdem Dr. Meißinger diesen Erfolg in der Tasche hatte, benutzte er die Gelegenheit, „den Herren des R.A.M. noch einmal nahezufragen, sie möchten doch endlich in der Frage der Lohnpolitik aus ihrer Passivität herauszutreten, um ebenso nachdrücklich, wie sie sich in der Vergangenheit für die Belange der Arbeitnehmererschaft ... eingesetzt hätten, nun auch die Belange der Gesamtwirtschaft durch offenes Bekenntnis zu der Rich-

tigkeit des Standpunktes der Arbeitgeber zu sichern.“ Zu dieser ungeheuerlichen Zumutung vermochten sich die Vertreter des R.A.M. nicht so ohne weiteres aufzuschwingen, denn das würde „praktisch dazu führen, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zum R.A.M. verlieren und deshalb bei ihrer jetzt so wirtschaftsfeindlichen (!) Politik ihrerseits das R.A.M. selbst vollkommen ausschalten und umgeben würden.“ Dr. Meißinger wies darauf den Vertretern des R.A.M. einen andern Weg: „Daß das R.A.M. bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sei es in der Begründung von Schiedsprüchen, die die Lohnforderungen ablehnen, sei es in der Begründung von Verbindlichkeitsserklärungen zu solchen Schiedsprüchen, seine Meinung über die Lohnfrage, über die Wirtschaftslage und die zur Erörterung stehenden allgemeinen Interessen rücksichtslos sagt.“ Im weiteren Verlauf dieses „gangbaren Weges“ empfahl Dr. Meißinger, daß das R.A.M. eine Broschüre zum Lohnpolitik veröffentlichen solle, wahrscheinlich um das Ministerium in eine Falle zu locken, um es nachher desto besser vernötheln zu können. Auch hier kann Dr. Meißinger triumphierend erklären: „Die Herren zeigten für diesen von mir vorgeschlagenen Weg volles Interesse, wie überhaupt erfreulicherweise festzustellen ist, daß bei der Betrachtung der Lohn- und Wirtschaftslage wohl festliche Uebereinstimmung bestand. Dr. Söhler namentlich erklärte, daß er sich im Sinne meiner Ausführungen vor Tagen bei einer Schlichterbesprechung in Kassel geäußert habe. ... Die Schlichterbesprechung habe zweifellos auf die Schlichter tiefen Eindruck gemacht und würde ihre Auswirkung auch auf die Schlichtungsausschüsse nicht verfehlen.“ Dr. Söhler sagte weiter zu, in den sich bietenden Fällen Begründungen im angeregten Sinne zu geben und mir solche Entscheidungen dann auch jeweils zur Kenntnisnahme zu übergeben.“ Es ist notwendig, daß die Leser die vorstehenden Sätze mehrmals durchlesen, um einen solchen bisher einzig dastehenden Skandal besser würdigen zu können.

Doch damit nicht genug. Herr Dr. Söhler hat auch noch die Besichtigung der Verbindlichkeitsserklärungen in Aussicht gestellt. Dr. Meißinger berichtet hierüber: „Dr. Söhler teilte ferner mit, zwar in vorsichtiger Weise, aber deutlich genug, daß das R.A.M. sich entschlossen habe, von dem Mittel der Verbindlichkeitsserklärung so gut wie keinen Gebrauch mehr zu machen und selbst bei den lebenswichtigen Betrieben (Kohle, Braunkohle, Eisenbahn) sich auch die Nichtanwendung von Fall zu Fall noch offen zu lassen. Was bezüglich der zukünftigen Arbeitsgesetzgebung in Aussicht steht, wird aus folgender Mitteilung klar, die dem soeben zitierten Satz folgt: „Söhler bezeichnete als Ziele dieser Maßnahme, er wolle vorbeugen, daß bei einer künftigen Reform des Schlichtungswesens, die auch er erwarte, eine wesentliche Modifizierung der Bedingungen über die Verbindlichkeitsserklärungen den Anschein erwecken könne, als würde dem Reichsarbeitsminister bei dieser Schlichtungsordnung ein bislang von ihm in Anspruch genommenes und ausgeübtes Recht entzogen.“ Höher geht's wohl nimmer! Dr. Söhler versprach ferner, daß er schon jetzt in der Praxis darauf einspielen lassen wolle; sich des Mittels der Verbindlichkeitsserklärung zu enthalten. Die in Aussicht stehende Wirtschaftskrise wollen beide Teile, R.A.M. und Unternehmerorganisationen folgendermaßen begegnen: „Vor allem erklärte sich Söhler mit mir darüber einig, daß es ganz ausgeschlossen wäre, der einwirkenden Wirtschaftskrise, die auch er spätestens ab Oktober erwarte, und der damit verbundenen Tendenz des Lohnabbaues durch das Mittel des staatlichen Tarifzwanges entgegenzuwirken, eine Uebereinstimmung, die ich mit besonderer Genauigkeit feststellte.“ Also die Herren sind sich einig darüber, daß dem Lohnabbau keine Schranken gesetzt werden sollen! Das sind ja allerhand Aussichten, die hier den Arbeitern, Angestellten und Beamten eröffnet werden.

Herr Dr. Söhler ermahnt jenseit den Unternehmervertreter, er möge doch nur ja nichts von dieser Besprechung in Form von Rundschreiben in die Öffentlichkeit dringen lassen. Denn „es müßte für die Lage des Ministeriums und für seinen Einfluß auf die Gewerkschaften mehr als störend sein, wenn die Gewerkschaften nun etwa sagen könnten, die Rundschreiben und Rundgebungen der Arbeitgeber bewiesen, daß das Reichsarbeitsministerium infolge unserer Eingabe an das Kabinett nun dem Druck der Arbeitgeber und des Kabinetts doch nachgegeben habe und sich unserer Politik habe zu eigen machen müssen.“ Söhler empfahl den Weg der mündlichen Information. Er konnte i. Zt. noch nicht ahnen, daß es neben Rundschreiben und Rundgebungen auch noch so etwas wie eine Aktentotiz gibt, der sich Meißinger bedienen konnte und die den Weg, erfreulicherweise, in die Öffentlichkeit fand.

Bezüglich der Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage weiß Meißinger folgendes zu berichten: „In der Arbeitszeitfrage erklärte er (Söhler), das R.A.M. werde keine Verordnung nach § 7 mehr erlassen; er halte den jetzt gegebenen tatsächlichen Arbeitszeitstand als der Wirtschaftslage für lange Zeit angemessen und werde auch mit allen Mitteln die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes in die Länge ziehen. Was vielleicht Ende des Jahres erwartet werden könnte, wäre lediglich ein Referentenentwurf, der dann noch zur öffentlichen Diskussion gestellt, zum Ministerialentwurf veredelt, zum Kabinettsentwurf ausgearbeitet und schließlich dann auch noch dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden müßte.“ Es folgt dann noch eine Erläuterung, wie man ein Scheingesez zustande bringen wolle.

Wir haben uns bemüht, aus dem umfangreichen Schriftstück das Wichtigste festzuhalten. Es ist der Gipfel der Schamlosigkeit, was sich hier eine Behörde, die nicht zum Schutze der Unternehmer, sondern der wirtschaftlich Schwachen vorhanden sein soll, je hat zuschulden kommen lassen. In einer nachträglich in der Erklärung zu dieser Veröffentlichung hat das Reichsarbeitsministerium die Wirkung derselben abzuschwächen versucht. Es wurde in dieser von

einem „einseitigen Aktenvermerk“ gesprochen, der objektiv nicht das Richtige trifft. Der Gesamteindruck, der so entsteht, „widerpricht durchaus dem Standpunkt des Ministers und selbstverständlich der in Frage kommenden Ministerialabteilung.“ In der Erklärung des R.A.M. wird der Gang der Verhandlungen und die dort abgegebenen Erklärungen mit keinem Wort als unrichtig bezeichnet. Man begnügt sich mit nachsagenden Redensarten.

Es ist gut, daß die Arbeiterfrage durch die Veröffentlichung der Aktentotiz auf die Gefahren aufmerksam gemacht wird, die in Aussicht stehen. Die bevorstehende Krise, die von den Herren für Oktober vorausgesetzt wird, findet einen geschlossenen Block der Unternehmer vor, ihnen steht das Reichsarbeitsministerium zur Seite. Die Arbeiter wissen nun, daß sie sich auf niemand mehr verlassen können, sie müssen sich auf ihre eigene Kraft stützen. Mehr denn je muß jeder Arbeiter erkennen, daß nur in starken Gewerkschaften das Heil der Zukunft liegt. Möge die „Aktentotiz“ des Herrn Meißinger die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Stadt und Land gleich einer mächtigen Fanfare aufrütteln. — Nach einer Notiz im „Vorwärts“ hatten am 1. Oktober mittags die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Unterredung, die die famose Aktentotiz Dr. Meißingers zum Gegenstand hatte. In der Unterredung nahmen außer dem D.G.B. und dem A.F.-Bund auch die christlichen und die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften teil. Näheres war beim Abschluß dieser Steinarbeiter-Ausgabe noch nicht bekannt. Im übrigen wird dieser Vorgang auch im Parlament noch Blasen ziehen.

## Gewerkschaftsbewegung und Wirtschaftsentwicklung.

Die Hochflut der diesjährigen Gewerkschaftstagungen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kongressen ist vorüber. Damit treten die theoretischen Erörterungen über die dort behandelten Fragen etwas in der Hintergründ, während die praktische Arbeit wieder alle Kräfte in Anspruch nimmt. Das ist so der regelmäßige Wechsel zwischen Theorie und Praxis. Beide sind aufeinander angewiesen. Was erstere aus den angestellten Unternehmungen an Erkenntniswerten schöpft, muß letzterer wieder zugeführt und von ihr verarbeitet werden. Nur in dieser Weise können Theorie und Praxis fruchtbar sein und dem Fortschritt dienen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ihrer ganzen Natur nach auf die praktische Arbeit eingestellt. Ihre Aufgabe erstreckt sich nicht auf die Erreichung unbestimmter, in nebelgrauer Ferne liegender Ziele, sondern überwiegend auf reale wirtschaftliche sowie soziale Gegenwartsarbeiten. Diese ist vor allem auf die Hebung der materiellen, geistigen und rechtlichen Stellung der Arbeiter, Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Sicherung der Existenz, Wahrung ihrer Rechte sowie Schutz gegen schrankenlose Ausbeutung gerichtet. In dieser Sorge um die Erhaltung und Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter erblickt die Gewerkschaftsbewegung nicht die einzige, sondern nur die nächstliegende Aufgabe, auf die sie ihre Kräfte zu vereinigen hat. Darüber hinaus strebt sie, wie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, dem gemeinsamen Ziele der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zu, an deren Stelle die sozialistische Gesellschaft treten soll.

Aus dieser Feststellung geht hervor, daß für die praktische Gewerkschaftsarbeit nicht allein die Bedürfnisse des Tages maßgebend sein dürfen. Die Gewerkschaftstätigkeit kann sich z. B. in der Einleitung und Durchführung von Lohnkämpfen nicht erschöpfen. Nicht deshalb, weil auf diesem Gebiete allein nur beschränkte Erfolge zu erzielen sind, sondern eine derartig schematische Auffassung der Gewerkschaftstätigkeit unrettbar zur Verjüngung der Gewerkschaftsbewegung führen müßte. Das hindert nicht, daß sich diese irrtümliche Auffassung bei zahlreichen Gewerkschaftsmitgliedern vorfindet, die über Wesen und Zweck der Gewerkschaftsbewegung nicht oder nur wenig nachgedacht haben. Für den gewerkschaftlichen Neuling liegt die Ansicht sehr nahe, daß der Gewerkschaftszweck lediglich in der Durchführung von Lohnbewegungen bestehe. Der mit Erfolge durchgeführte Lohn- oder Arbeitskämpf bringt sichtbare und greifbare Vorteile. Damit scheint alles Erforderliche erreicht zu sein. Gar nicht selten wird dieser Zweck aber nicht erreicht oder gehen die erzielten Vorteile wieder verloren. Am trassiesten trat diese Tatsache betanlich während der Inflation in die Erscheinung, wo es trotz aller Lohnkämpfe nicht gelang, die Lebenshaltung der Arbeiter vor dem Herabstinken zu schützen, geschweige denn zu erhöhen. Sehr viele Arbeiter wurden durch diese Tatsache in ihren gewerkschaftlichen Erwartungen schwer getäuscht. Weil sie aus Mangel an wirtschaftlicher Einsicht die Ursachen nicht zu erkennen vermochten, machten sie die Gewerkschaftsführer dafür veranwortlich und lehrten den Gewerkschaften den Rücken. Bei besserer Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge hätten sie nicht so töricht handeln können, sondern einsehen müssen, daß der materielle Erfolg gewerkschaftlicher Aktionen wie Lohnbewegungen in hohem Maße von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig ist, die durch Lohnkämpfe nicht augenblicklich der Arbeiter beeinflusst werden kann.

Der Arbeiter steht im engsten Zusammenhang mit der Wirtschaft, von ihrer Form und Entwicklung ist seine soziale Stellung abhängig. Die heutige kapitalistische Wirtschaft gründet sich auf den Besitz der Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten, die damit die wirtschaftliche Herrschaft besitzen und rücksichtslos ausnützen. Dadurch wird die soziale Stellung des wirtschaftlich schwächeren Arbeiters heruntergedrückt. Erfolgt von seiner Seite kein Widerstand, so kann die Verschlechterung der sozialen Lage des Ar-

## Der Bildhauer im Betrugslexikon.

Von Dr.-Ing. h. c. F. M. Feldhaus.

Der überladene Stil, den wir als Barock bezeichnen, findet sich nicht nur im Baueisen und in der dekorativen Kunst, sondern auch in der Literatur, und dort bis in die naturwissenschaftlichen und technischen Bücher hinein. Alles wird wortreich, schwülstig und überladen ausgedrückt, und die Motive zu den Büchern werden weit herangeholt.

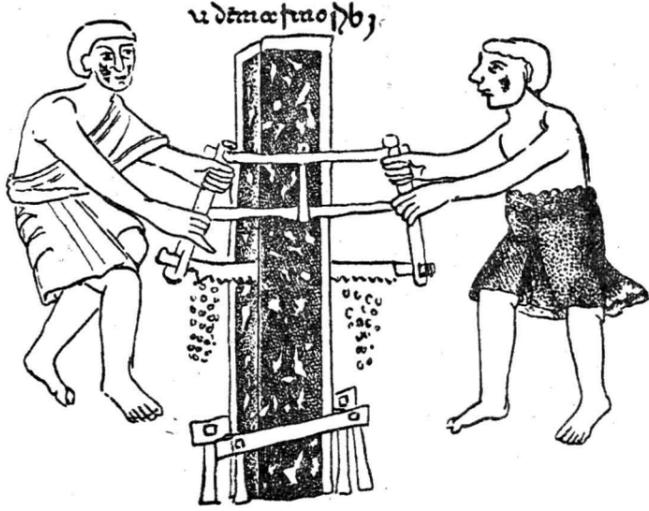
Auf dem exakten Gebiet hatte die barocke Gelehrtenliteratur einen gefährlichen Feind: die erwachende Betrachtungsweise auf mathematisch-experimenteller Grundlage. Aber es dauerte lange, ehe die Stubengelehrten diesen für sie vernichtenden Zug in der physikalischen Literatur merkten.

Einer der sonderbarsten Bücherreiber des Hochbarock war der Doktor der Theologie Georg Paul Hönn, Fürstlich Sächsischer Gemeindefiskalkrat und Amtmann in Koburg. Er ließ vor zweihundert Jahren ein wiederholt aufgelegtes Buch in die Welt gehen: „Betrugs-Lexikon, worinnen die meiste Betrügereien in allen Ständen nebst denen darwider guten Theils dienenden Mitteln entdecket.“ Unter dem Leitwort: „Der Welt Wagen und Pflug ist nur Lug und Betrug“ untersucht der Verfasser zunächst historisch von der Erschaffung der Welt ab den Werdegang der Betrügereien, und dann geht er von A bis Z, von den Abgesandten bis zu den Zuckerbäckern, die Betrügereien aller Stände durch. Da ist gar tiefinnig zu lesen, was viele Handwerker an Betrügereien begehen können, und wie der chrilame Bürger sich vor diesen möglicherweise eintretenden Schädigungen zu schützen hatte.

Von den Bildhauern berichtet der Betrugsfachmann: „Bildhauer betriegt 1) Wenn sie zu Statuen, Leichen- und anderen Gedächtnis-Mahlen weiche und bald zerbrechliche Sandsteine nehmen, nur damit sie desto eher von der Arbeit kommen können. 2) Wenn sie sich ihre Arbeit, die man eben so eigentlich nicht allzeit schätzen kan, über die Gebühr theuer bezahlen lassen, unter dem praetext, als müßten sie so und so lange damit zubringen, da sie doch hernach noch andere Arbeiten dazwischen tun, oder unterdessen mehr fern, als an den bestellten Steinen arbeiten. 3) Wenn sie, um nur Arbeit zu bekommen, eine Arbeit in wohlfeilen Preis zu verfertigen versprochen, hernach aber, da sie solche die bestellte fertig haben, die Leute überlaufen und mit vielen lamentieren, daß sie die Arbeit nach dem getroffenen Accord unmöglich thun könnten, noch mehreren Lohn er-

pressen. 4) Wenn sie einen Leichenstein nicht nach dem Modell, so man ihn vorgezeigt, verfertigen, und hernach, da sie darüber zur Rede gesetzt werden, sich damit entschuldigen, es sey aus Versehen geschehen, oder hätte sich nicht schicken wollen.

Mittel: 1) Schriftlichen Contract bey Bestellung wichtiger Stücke. 2) Zurückhaltung des Hauerslohns bis die Arbeit nach vorgeschriebenen Modell verfertigt worden.



Der Verfasser des Betrugslexikons tut sich viel darauf zugute, daß er der war, der den „Defekt von dem großen Topf des Weltbetrugs“ abgehoben habe. Und als Richter hielt er sich besonders befähigt, hinter die Kniffe und Schliche der Betrüger zu kommen. Das Bedenken, der Betrüger könne aus diesem Buch viel lernen, wehrt er mit dem auffallenden Hinweis, daß der rechte Gebrauch

einer Sache dem Mißbrauch vorzuziehen sei, ab. Und er hofft, daß die Betrüger das Buch „zur Reue und Nimmerthun“ verwenden möchten.

## Die Darstellung des Marmorjägers aus dem Jahre 1023.

Das berühmte italienische Kloster Monte Cassino besitzt eine überaus wertvolle, mit Hunderten von Malereien gezeuerte Handschrift, enthaltend ein lateinisch geschriebenes Werk: „Ueber den Ursprung der Dinge.“ Der Text zu diesem Werke stammt von dem im Jahre 776 zu Mainz geborenen Gelehrten Rabanus Maurus. Dieser merkwürdige Mann wurde im Jahre 822 Abt zu Fulda. Im Jahre 844 vollendete er sein Werk, worin der Ursprung aller möglichen Wissenschaften und Techniken behandelt wird. Drei Jahre später wurde Rabanus Maurus Erzbischof von Mainz. Im Jahre 867 starb er an einem Platz des Rheingaus.

Eine Abschrift dieses Nachschlagewerkes über den Ursprung der Dinge wurde ums Jahr 1023 mit Malereien versehen. Unter den vielerlei Gewerben findet sich auch eine Darstellung des Marmorjägers. Am oberen Rande des Bildes lesen wir nämlich die lateinischen Worte: „de marmoribus“. Davor erkennen wir die Ziffer VI, die uns das betreffende Kapitel angibt, zu dem die Malerei gehört. Der Marmorblock ist aufrecht in ein Holzgerüst geflemt. In der Malerei ist er blau, rot und gelb ausgefärbt. Zwei Arbeiter, nur leicht bekleidet, jägen Blatten von dem Block herunter. (Siehe Bild.)

Es ist auffallend, daß die Säge mit Zähnen versehen ist. Wir müssen annehmen, daß es sich hier um einen Zeichenschler des betreffenden Buchmalers handelt. In technischen Dingen sind solche Zeichenschler zu allen Zeiten, auch noch heute, zu finden, sobald die Darstellung nicht aus der Feder eines Fachmannes stammt.

Doch ist auch nicht unmöglich, daß dem sachkundigen Zeichner des Bildes das Sägen eines Marmorblockes oder sonstigen weichen Gesteins vorgeschwebt haben mag.

Metalljäger für Steine finden wir schon bei dem Verfasser der römischen Naturgeschichte, Plinius, ums Jahr 77 erwähnt. Er sagt im 44. Kapitel des 36. Buches: In der belgischen Provinz schneiden sie den Stein mit Sägen. Steinjäger, die durch Wasserläufer betrieben wurden, erwähnt der römische Schriftsteller Aponius im Jahre 369 in seinem Gedicht über die Nojel und deren Nebenflüsse. Er berichtet, daß man solche Steinjäger im Noertal habe, von deren Geräusch das ganze Tal widerhalle.

Beitern einen Grad erreichen, der seine Existenz in Frage stellt. Diese auf Herabdrückung der sozialen Lage des Arbeiters abzielende Tendenz ist mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbunden und wird erst mit ihrer Beseitigung aufhören. Ebenso lange werden die Arbeiter um die Aufrechterhaltung ihrer Lebenshaltung wie um jede soziale Verbesserung derselben mit dem Kapitalismus kämpfen müssen. Das läßt die Frage aufwerfen: warum richtet sich der Kampf der Gewerkschaften nicht ausschließlich und mit aller Energie gegen die kapitalistische Wirtschaft mit ihren zahlreichen Mängeln? An dahingehenden Forderungen und Bemühungen hat es nicht gefehlt. Nur haben sie keinen Erfolg gehabt. Weshalb? Hierfür haben zahlreiche Arbeiter, unbeschwert von besserem Wissen, die politischen und gewerkschaftlichen Führer verantwortlich zu machen versucht. Alle politischen und gewerkschaftlichen Erfahrungen zeigen, daß es nicht schwer hält, für enttäuschte Illusionen die zum Nichteingeständnis eigenen Irrtums erforderlichen Sündenböcke zu finden. Nur bietet diese Methode für die Arbeiterklasse keine Vorteile, sondern ist ihr wie der gesamten Arbeiterbewegung vor größtem Nachteil. Dem in Jahrhunderte langer Entwicklung aufgebauten kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus mit seiner zahlreichen Verflechtung vermag die politische Macht, gleichgültig von welcher Seite — nur schwer beizukommen. Ein Diktat kann an ihr nichts ändern, weil die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft nicht plötzlich, sondern nur auf dem Wege der allmählichen Umwandlung stattdessen kann. Und dieser Entwicklungsprozess wird die sozialistische Wirtschaftsform immer nur insoweit entstehen lassen, als es gelingt, alte kapitalistische durch lebensfähige sozialistische Wirtschaftseinrichtungen abzulösen. Auf das Ergebnis dieser sich voraussichtlich sehr lange hinziehenden Entwicklung kann die Arbeiterklasse selbstverständlich nicht warten. Deshalb darf die Gewerkschaftsbewegung neben der planmäßigen Verfolgung ihres Endziels den Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter nicht vernachlässigen. Dieser Aufgabe müssen vielmehr alle Mittel dienlich gemacht werden, die sich auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete für diesen Zweck als geeignet erweisen, um so mehr, als ihre Lösung auch die Förderung des Endziels in sich schließt.

Aus diesen Gründen treten die Gewerkschaften außer für die Erhöhung der Löhne, für Vertiefung der Arbeiterzeit, Ausbau der Arbeiterrechte und des Arbeiterbundes, Verbesserung der Sozialversicherung, der Wohnungsverhältnisse ein, bekämpfen sie den Lebensmittelpreis, die Schulpolitik, die Mißbräuche des Kartell- und Syndikalismus, die ungerechte Steuerverteilung usw., immer darauf bedacht nehmend, ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Einfluß zu stärken. Die hierbei zu Tage tretenden Bestrebungen sind zugleich ein Ringen um die politische Macht, nicht zu Purzwecken, sondern zur allmählichen Umgestaltung der Wirtschaft durch Förderung der in ihr vorhandenen sozialistischen Entwicklungstendenzen. Im Grunde genommen folgen hierin die Gewerkschaften nur dem Beispiel der Unternehmer, mit dem Unterschiede, daß sie die politische und wirtschaftliche Macht nicht als Mittel zur einseitigen Bereicherung oder Privilegierung der Arbeiterklasse, sondern zur Herbeiführung einer gerechteren sozialen Ordnung, zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, Steigerung der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparats und zur gerechteren Verteilung des Produktionsertrags benutzen wollen.

Zweifellos ist der politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Einfluß der Gewerkschaftsbewegung bereits ein sehr erheblicher. Noch stärker ist dagegen der von kapitalistischer Seite ihr entgegengegesetzte Widerstand. Selbst die berechtigten Arbeiterforderungen können deshalb nur auf dem Wege des Kompromisses, in der Regel in abgestimmter Form, durchgesetzt werden, zum Teil verfallen sie der völligen Ablehnung. Die Ursache liegt darin, daß Millionen von Arbeitern noch nicht die Bedeutung der Gewerkschaften erkannt haben, die ihnen innewohnenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte der Gewerkschaftsbewegung nicht zur Verfügung stehen. Dieser Zustand läßt sich nur durch Heranziehung dieser Arbeiter, ihre Aufklärung und Schulung für den politischen und wirtschaftlichen Kampf beseitigen. Pflicht jedes aufgeklärten organisierten Arbeiters ist, sich in den Dienst der hierauf abzielenden gewerkschaftlichen Werbearbeit zu stellen.

## Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe, Streik (Steingewinnung und -bearbeitung) in Breslau (Steinmehlen und Steinzeug). In Großgörschendorf und Oberpeilau (Schief.) bei der Fa. Thust. In Erfurt (Steinmehlen).

Gesperit: Die Betriebe der Firma C. L. S. Witten in Schürren, Esborn und Witten wegen Tarifbruches. — In Detmold die Firma Hugo Meier. — In Tiefenstein der Betrieb Maier. — In Billingen der Betrieb Kempf. — In Bremen die Steinzeugfirma Hüster. — In Tröbitz der Betrieb der Fa. Kammerer.

Zugung ist fernzuhalten außer den obengenannten Orten, in denen Streik oder Betriebsperre zu verzeichnen ist, von Leipzig (Steinzeug wegen Lohnunterschieden).

Ereignisse Bewegungen: Streik in Büchelberg (Na. Gebr. Kerber) mit Erfolg.

Ueber die Wirkung und den Verlauf der örtlichen Betriebsperren muß der Redaktion mindestens zweiwöchentlich Bericht gegeben werden, sonst unterbleibt die weitere Veröffentlichung.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserem Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluß aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, die Solidarität auch in den kommenden Wochen, wo infolge des Einflusses der Witterung und der Wirtschaftsbeklemmung die Arbeitslosigkeit größer wird!

Chemnitz. In der September-Verammlung wurden als erster Punkt der Tagesordnung die Extrabeiträge erörtert. Obwohl die Zahlstelle unter dem Bauarbeiterstreik und die Steinzeug- und Steinmehlen unter Arbeitsmangel zu leiden hatten, wurde von den Chemnitzer Kollegen der Bauarbeiterkampf tatkräftig 8 Wochen unterstützt. Der Beschluß der Zentrale wurde mit Mißbehagen entgegengenommen. Wir sind zwar gern bereit, Opfer für die Allgemeinheit zu bringen, aber die Zentrale mag nicht zu oft mit Extrabeiträgen kommen. In der weiteren Diskussion kam zum Ausdruck, daß alle drei Gruppen mit den Unternehmern schwer zu kämpfen haben. Hier in Chemnitz herrscht beim Steinzeuggewerbe eine kolossale Lehrlingsjückererei. Obwohl im ganzen 100 Steinzeughersteller sind, gibt es hier 60 Lehrlinge. Ob die Unternehmer ihr Ziel erreichen, wird an den Kollegen selbst liegen. Leider haben wir am Orte noch unorganisierte Steinzeughersteller. Vom 17. September an wurde durch den Schlichtungsausschuß der Stundenlohn auf 1.70 Mk. erhöht. — In der Sandsteingruppe bestehen Differenzen wegen Auslösung. Die Steinmehlen fordern bei der nächsten Lohnverhandlung, daß diese im Paragraph 6 geändert wird. — Die Marmorarbeiter hoffen, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen der Lohn höher kommt. Bei dem raffinierten Antreiberhystem ist der Lohn zu gering. Weiter gab es eine rege Aussprache über die bis jetzt von uns geleisteten Unterstützungen an derer Verbände und hoffen die Kollegen, daß sich letztere auch bei uns gegebenenfalls erkennen lassen. Der Vorsitzende dankte dann noch den Kollegen, die sich am Herbstball im Volkshaus so zahlreich beteiligten. Zum Schluß appelliert die Zahlstellenleitung an die Mitglieder, an dem Berufs-Verbandsamtsleben recht regen Anteil zu nehmen; so manches Mißverständnis der Kollegen wird in der Diskussion beseitigt werden können. Darum Kollegen, kommt alle in die Monatsversammlungen.

Berlin. Der Luthersche Preisabbau beginnt! Mit welcher Brutalität einzelne Unternehmer die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabzudrücken suchen, dafür bietet das Verhalten der Aktiengesellschaft für Bauausführungen, Berlin, Bülowstr. 90, ein Musterbeispiel. Diese Firma führt, wie eine Reihe von Steinzeugfirmen, unter anderem auch die Kabelverlegungsarbeiten aus. Durch die Interesslosigkeit der dabei beschäftigten Arbeiter (von je 100 waren höchstens 10 organisiert), konnte leider der Lohn für diese Gruppe nur auf 78 Pfg. pro Stunde gebracht werden. Ist dies nun schon ein Lohn, der für Berlin nur als Hungerlohn bezeichnet werden kann, so scheuen sich einige Firmen doch nicht, unter Führung der Aktiengesellschaft für Bauausführungen, den Versuch zu unternehmen, diesen Lohn um 4 Pfg. pro Stunde zu kürzen, außerdem das tariflich festgelegte Jahrgeld und die Beiträge für die Wohlfahrtskasse zu streichen.

Auf Hinweis der Betriebsvertretung, daß dies Tarifbruch wäre und die Belegschaft ihre Forderung daraus ziehen würde, erklärte der Herr Generaldirektor Teste höhnisch lächelnd: „Wir haben ja tausende Arbeitslose, und wenn die Belegschaft nicht für 74 Pfg. arbeiten will, werden wir genügend andre Leute erhalten.“

Gewiß, dieser Herr braucht ja nicht für 74 Pfg. pro Stunde im nassen Kabelgraben sein Brot verdienen und seine Gesundheit zum Markte tragen. Bedauerlich ist, daß solche Gemütsathleten nicht mal auf einige Tage gezwungen werden können. Die Belegschaft, unter Führung des Zentralverbandes der Steinzeugarbeiter Deutschlands, hat nun die einzig richtige Antwort gegeben und bis auf wenige Arbeitswillige die Arbeitsstellen verlassen. Auch die von dem Lohnabbau nicht betroffenen Steinzeug- und Kammer haben sich erfreulicherweise bis auf 2 solidarisch erklärt und die Arbeit eingestellt.

Zum Streik in der schlesischen Marmorindustrie. Die Kollegen der Firma M. Thust, Groß-Kunzendorfer Marmorwerke, streiken seit 28. September im Streik. Die Ursache der Arbeitsniederlegung liegt in der Verweigerung jeglicher Lohnerhöhung seitens der Firma, während der spontane Streikbeschuß der Kollegen durch die Entlassung eines Kollegen hervorgerufen wurde. Letzteres ist verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die Kollegen seit Monaten auf eine Lohnerhöhung warteten und außerdem dauernd über sehr schroffe und selbstherrliche Behandlung seitens der Firma klagen mußten. Bei jeder noch so geringen Verletzung eines Arbeiters wird zu Strafen oder Entlassungen geschritten. In keinem der vielen Betriebe, die mir bekannt sind, wird gegen die Arbeiter derart rigoros vorgegangen wie bei der Firma Thust. All diese Mißgriffe der Firma haben allmählich die sonst so lammfrommen Kollegen aufs äußerste erbittert, so daß die letzte Entlassung eines Kollegen in Verbindung mit der verweigerten Lohnerhöhung die Grenze des Ertragbaren überschritten hatte.

Die Lohnsätze, 52 Pfg. für gelernte, 46 Pfg. für angelernte und 40 Pfg. für ungelernete Arbeiter, sind wohl unbetreitbar die niedrigsten, die zurzeit innerhalb der gesamten deutschen Steinindustrie zu verzeichnen sind. Hierbei sei noch erwähnt, daß zirka 2/3 der Gesamtbelegschaft im Zeitlohn arbeitet, also keinerlei Akkordverdienstmöglichkeit besitzt. Die Preise für den Lebensbedarf sind dagegen ebenso hoch wie anderwärts.

Selbst einzelne schlesische Unternehmer bezeichneten vor einigen Wochen die Löhne der Firma Thust als erbärmlich und beschämend für die Firma, deren Verkaufspreise keinerlei Merkmale der niedrigen Löhne erkennen ließen. Die der Firma Thust am nächstliegende Konkurrenzfirma zahlt seit Monaten einen freiwilligen Zuschlag, obwohl letztere einen wesentlich schlechteren Stand bezüglich des Bezugs an Rohmaterial hat.

Die Firma Thust, die vor dem Kriege trotz Wochenlöhnen von 12 Mk. für gelernte Arbeiter, keinerlei Bedeutung innerhalb der schlesischen oder deutschen Marmorindustrie gewinnen konnte, mitunter nicht imstande war, den niedrigen Lohn zu bezahlen, hat sich in der Nachkriegszeit zu einer in jeder Beziehung ansehnlichen Höhe aufrichten können, sicherlich nicht zuletzt dank der guten Arbeitskräfte, welche letztere Herr Thust selbst als hervorragend anerkennt, trotzdem aber nur 40 bis 52 Pfg. pro Stunde Lohn gewährt.

Es wäre dringend zu empfehlen, in den Auslieferungsräumen der Firma anläßlich der Leipziger oder sonstiger Messen, neben den Produkten die erbärmlichen Löhne der Arbeiterklasse bekanntzugeben. Die in den letzten Jahren getätigten Neubauten, technischen Einrichtungen, neben einem außerordentlich großen Neuzug von Haus- und Grundbesitz (darunter ein Objekt von 200 000 Mk. 1924) und einem überhöhen Beamtenstab bzw. Antreibern, lassen die ständig sich wiederholenden Klagen des Herrn Thust über schlechte Zeiten und Geldnot, sobald einige Pfennige Lohnerhöhung gegeben werden sollen, als Bluff erkennen. Trotzdem gelingt es Herrn Thust fast immer, die Schlichtungsinstanzen an seine Not glauben zu machen. Nimmt der Führer der völligen Judenreiser Thust dabei ja auch alle möglichen und unmöglichen „nationalen“ Phrasen mit zu Hilfe und solche wirken doch insbesondere bei den meisten schlesischen Schlichtungsinstanzen. Bei dem am 1. d. festgesetzten Termin in der mit der Firma Thust schwebenden Lohnsache vor dem Schlichtungsausschuß Schwesidnit, brachte es Herr Thust trotz seiner Hungerlöhne sogar fertig, sich darüber zu beklagen, daß seine Arbeiter dem Klassenkampf buldigten und damit jede Arbeitsgemeinschaft —! verhiinderten. Die Frage, wer Klassenkampf treibt und fördert bei einem Stundenlohn von 40 bis 52 Pfg., braucht an dieser Stelle nicht erst beantwortet zu werden, um so weniger, wenn wir hinzufügen, daß Herr Thust beim Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten an seine Arbeiter stets die höchsten Preise mit abfordert. Den Termin vor dem Schlichtungsausschuß sabotierte Herr Thust dadurch, daß er erklärte, die Höhe des Lohnes bestimme die Firma, wenn es einmal möglich sei mehr zu geben, wäre diese die letzte, die es nicht tun würde, außerdem müsse er sich vorbehalten, die Arbeiterklasse auszulösen, d. h. die führenden Kollegen nicht wieder einzustellen. Hierauf konnte unterseits natürlich nur mit weiterem Kampf geantwortet werden. Ab 2. d. sind nun auch die Kollegen des Thustschen Betriebes in Oberpeilau in den Kampf um bessere Lohnbedingungen mit eingetreten, wozu gleichfalls auch die Granitabteilung zum Stillstand kommt. Herr Thust verfuhr schon die letzten Tage und wird es auch weiter versuchen, durch Drohungen, Verpöhlungen usw. die Arbeiter einzuschüchtern. Statt Grenzwaide mit Maschinengewehren und Gewehren, wie beim letzten Streik, hat Thust vorläufig einige Landjäger zur Seite, die durch Angestellte verstärkt werden. Schadenersatzklagen, schwarze Listen, Egmittlerung aus den Werkwohnungen, Spitzel- und Betteleien gegenüber seinen Arbeitern, die ihn zu dem gemacht haben, was er heute ist, alles wird versucht, die „wilden Kotten“ zu zermürben. Das ist der nackte Versuch, die Not der Arbeiter auszunutzen und auf Grund dieser Not noch mehr Profit zu erraffen. So sehen sie aus, die völkischen Führer. Eine Enttäuschung für Thust dürfte auch sein, daß ihn selbst ein Teil der eigenhändig geprügelten Stahlhelfer untreu geworden ist und sogar ohne Streikunterstützung an die Seite der kämpfenden Kollegen getreten ist. Ja, ja, in des Hungrigen Magen Eingang finden, nur Suppenlogik mit Knödelgründen. So sagte schon Heinrich Heine. Bei 40 Pfg. Stundenlohn verspüren eben auch diese irreführenden Arbeiter den Ernst des Lebens viel zu sehr, um noch weiter hinter völkischen Phrasenhebeln nachzulassen und deren Führer zu bereichern. Wir vermuten sicher nicht zu unrecht, wenn wir glauben, daß aus solchen völkischen Arbeitern, die ihre Führer als Arbeitgeber genießen können, binnen kurzem die besten Klassenkämpfer werden. Deshalb nur zu, Herr Thust, mit dem praktischen Anschauungsunterricht. Nachdem Herr Thust die Vermittlung des Schlichtungsausschusses durch seine in echter Hauptmannsposa vorgetragenen Provokationen sabotiert hat, überlassen wir ihm auch die volle Verantwortung für die Schädigung, die die Industrie erleiden dürfte, wenn er nicht bald einzusehen vermag, daß auch die Arbeiterklasse Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz hat.

Die kämpfenden Kollegen dürfen versichert sein, daß ihnen die ganze Sympathie ihrer Kollegen zur Seite steht, um so mehr, als Herr Thust mit seinen beschämend niedrigen Lohnsätzen noch nach außen Propaganda zu machen versucht. Festes und geschlossenes Zusammenstehen wird auch dem Herrenmenschen Thust soziales Verständnis einhämmern.

Steinzeug und Pflasterer. Sachsen. In Nr. 36 des Grundstein wird über die Beendigung des Streiks der Steinzeughersteller in Plauen im Vogtland berichtet. In diesem Bericht heißt es:

Leider war nicht mehr zu erreichen, da sich 13 Steinzeughersteller teilweise zugereifte aus dem Steinzeugherstellerverband, als Streikbrecher eingefunden hatten.

Aus dieser Mitteilung könnte man den Schluß ziehen, daß der Streik nur zusammengebrochen sei, weil unsere Mitglieder Streikarbeit gemacht hätten. So liegen aber die Verhältnisse in Wahrheit nicht. Erst nachdem ein Teil der streikenden Steinzeughersteller bereits wieder aufgenommen hatten, gestellten sich erwerbslos aus anderen Tarifbezirken hinzu. Aber auch hier konnten wir bisher noch nicht feststellen, ob diese Mitglieder unseres Verbandes waren, da uns bisher Namen noch nicht genannt worden sind. Es wurde nur gesagt, daß es 3 Steinzeughersteller aus Dörsau, einer aus Soy, einer aus Thüringen und einer aus Treuen gewesen seien. Diese 6 Mann, die angeblich unserem Verbande angehören sollen, was wir aber so lange bestritten, bis man uns die Namen nennt, damit eine Feststellung unsererits möglich ist, bilden aber immer noch die Minderheit der genannten 13 Mann. In Wirklichkeit haben sich die Plauener Steinzeughersteller hier Niederlage selbst zuzuschreiben, weil sie hier Disziplinbruch begangen haben! Man versucht nur die erlittene Niederlage zu entschuldigen und da ist es leicht, die Schuld auf andere abzuwälzen, noch dazu wenn Namen nicht genannt werden. Man verdächtigt eben, etwas bleibt dabei schon hängen! Die Wahrheit ist immer ein bitteres Kraut, so geht es auch den Plauener Steinzeugherstellern, die als einzige Ortsgruppe des Tarifbezirks der Kreishauptmannschaft Zwidau, trotz des Urabstimmungsbeschlusses, gegen den Mehrheitswillen handelten und bei der Verschmelzung nicht mit zum Steinzeugherstellerverband gingen, sondern sich dem Baugewerksbund angeschlossen. Dort auch aufgenommen wurden trotz des hier vorliegenden Disziplinbruches. Dadurch wurde auch der Baugewerksbund Mittontrahent des Tarifvertrages. Trotzdem nun beide Organisationen Tarifträger waren, jaßen die Plauener Steinzeughersteller den Streikbeschuß allein, ohne die anderen Ortsgruppen des Steinzeugherstellerverbandes vorher davon zu verständigen. — Unsere Mitglieder lehnten den Streik ab und beschloßen durch örtliche Verhandlungen Lohnvereinbarungen zum Abschluß zu bringen. Dadurch wurden auch in allen Orten höhere Löhne herausgeholt. Es blieb nur übrig, die höheren Löhne tariflich zu sichern. Diese tarifliche Sicherung ist nunmehr auch erfolgt und nur mit dem Unterschied, daß gegenwärtig der Lohn für Steinzeughersteller im Steinzeugherstellerverband um 10 Pfennige pro Stunde höher ist wie der Lohn der Plauener Kollegen nach einem 7wöchentlichen Streik als Mitglieder des Baugewerksbundes. Wenn die Plauener Steinzeughersteller sich in Zukunft vor solchen Mißerfolgen schützen wollen, bleibt ihnen kein anderer Weg übrig, als zu ihrer Berufsgruppe im Steinzeugherstellerverband zurückzukehren. Es ist doch eine Winzenwahrheit, daß nicht durch Zerstückelung, sondern nur durch einheitlichen Zusammenschluß Erfolge erreicht werden. Aber andererseits steht ferner fest, daß auch die Plauener Steinzeughersteller, solange sie noch Mitglieder des Steinzeugherstellerverbandes waren, eine solche bittere Pille nicht haben zu schlucken brauchen, auch haben die übrigen Steinzeughersteller als geschlossene Fachgruppe im Steinzeugherstellerverband bisher eine solche Niederlage nicht erlitten, werden nach unserer Ueberzeugung auch in Zukunft davor bewahrt bleiben. Die Plauener Steinzeughersteller haben mit ihrer Abspaltung nicht nur nichts erreicht, sondern sich selbst geschädigt, indem nunmehr ihr Lohn um 10 Pfennige pro Stunde niedriger ist, wie in allen anderen Orten des Tarifbezirks um Plauen herum. Hoffentlich sehen dies die Plauener Steinzeughersteller recht bald ein, wie dem abgeholfen werden kann, und kommen geschlossen zur Fachgruppe im Steinzeugherstellerverband. Die Beschuldigung mit dem Streikbruch ist nur Bemäntelung, aber keine Erklärung für den Ausgang der Plauener Bewegung.

In Belgrad, der Hauptstadt des vereinigten Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen, herrscht schon seit Jahren eine rege Bautätigkeit. Neben der Sanierung der alten und dem Aufbau der neuen Stadtteile ist es besonders der Straßenbau, den die Stadtverwaltung der Reichshauptstadt sich angelegen sein läßt. Ueber letzteren schreibt uns ein dortiger Steinzeughersteller: „Arbeit ist im Straßenbau soviel vorhanden, daß man Tag und Nacht arbeiten könnte, und wenn man zehn Hände hätte, das Ziel würde doch nicht erreicht. Die Entlohnung erfolgt nur in Akkord. Und zwar wird für Bruchsteinpflaster pro Quadratmeter 8 Dinar und für Kleinpflaster 12 Dinar einschließlich des Kammens gezahlt. Die Steinzeughersteller vorzogen die Kammarbeit selbst, da es Kammer hierzulande nicht gibt. Würfelpflaster wird wenig hergestellt, für letzteres wird 7 bis 8 Dinar pro Quadratmeter gezahlt. Eine Organisation gibt es hier natürlich nicht. Ebenfalls ist ein regelrechtes Lehrverhältnis zur Erlernung des Steinzeugherstellereines unbekannt. Wir sind hier 18 Steinzeughersteller, die von sich sagen können, daß sie ihren Beruf erlernt und richtig auszuüben verstehen, davon arbeiten aber noch 10 in der Provinz. Es ist nichts Seltenes, daß ein Hilfsarbeiter nach zweimonatiger Beschäftigung zum Steinzeughersteller avanciert. Diese versuchen dann die ungenügenden Leistungen durch verlängerte Arbeitszeit auszugleichen. Während ein richtiger Steinzeughersteller acht Stunden arbeitet, dehnen diese angelernten Steinzeughersteller die Arbeitszeit auf täglich 12 bis 14 Stunden aus. Der Bierdienst ist nicht schlecht. Wir kommen auf einen Tagesverdienst von 230 bis 300 Dinar. Die gute Konjunktur hat das Kleinunternehmertum völlig zum Verschwinden gebracht. Die besten und größten Arbeiten werden durch Großunternehmer ausgeführt. Heute beginnen wir die erste große Kleinpflasterarbeit. Wir fordern und bekommen dafür 14 Dinar. Denn nur geübte und gelernte Steinzeughersteller können diese Arbeit ausführen und das sind wenige in Belgrad. Ich danke für die Uebersendung des Kleinpflasterbuches von Pflastermeister Koll-München. Trotzdem, daß es mir schwer fällt, Deutsch zu schreiben, werde ich danach trachten, daß untre Korrespondenz nicht unterbrochen wird.“

Gau 4. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Bezirksarbeitsvertrag für das Steinzeuggewerbe Mitteldeutschlands von den Unternehmern gekündigt wurde. Kollegen! Zieht nunmehr die Konsequenzen und baut die Organisation in jeder Beziehung lückenlos aus. Alles weitere wird im Sinne der letzten Konferenzbeschlüsse geregelt. Von der Tarifkündigung sind die Bezirksarbeitsverträge für den Freistaat Braunschweig und der Altmark nicht erfaßt.

Steinzeughersteller. Jena. Auf Grund der geographischen und wirtschaftlichen Lage, und um die Lohn- und Tarifverhältnisse besser durchzuführen zu können, um ferner in fester enger Fühlung mit den Kollegen zu bleiben, haben sich die Zahlstellen der Steinzeughersteller Weimar-Ehringsdorf und Jena zu einem Bezirke zusammengeschlossen. Der Hauptgrund mit zu dem Zusammenschluß ist die dieselben Städte umfassende Bezirkegruppe der Unternehmerorganisation. In diesem Zusammenhange ist uns daher eine einfachere Verhandlungsmöglichkeit in allen Streitigkeiten gegeben. Eine in Ehringsdorf stattgefundene kombinierte Versammlung (Bericht im Steinzeughersteller Nr. 28) hatte gleich beschlossen, den bestehenden Lohn zu kündigen (bis 31. Juli 1925 1,10 Mk. pro Stunde), und nach Ablauf der vorgeschriebenen Kündigungsfrist neue Verhandlungen anzubahnen. Zur Entgegennahme des Berichtes von der am 4. August stattgefundenen Lohnverhandlung hatten sich die Kollegen am 9. August in Jena im Gewerkschaftshaus „Zum Löwen“ zusammengeschlossen. Der Gauleiter Albert Schlegel, der schon zur Lohnverhandlung in Weimar mit war, war zur allgemeinen Freude auch erschienen. Nach allgemeiner Begrüßung und der üblichen Wahl der Geschäftsleitung wurde gleich in die Tagesordnung eingetreten.

Den Bericht von der Lohnverhandlung gab in kurzen Umrissen Kollege Blant-Jena. Daraus war zu ersehen, daß sich die Herren Unternehmer in gar keine Verhandlungen eingelassen und nur durch ein Schreiben den im Gastzimmer wartenden Kollegen bekannt-

gegeben hatten, eine Vönerhöhung, entbehre jeder Grundlage, sie müßten diese daher ablehnen. Trotz aller Bemühungen — auch des Kollegen Schlegel — müßten die Kollegen unverrichteter Sache wieder abgehen. Kollege Schlegel machte nun im weiteren über die gegenwärtige Situation sehr lehrreiche Ausführungen über Unternehmerverdienste und -preise, Reichsindex und Reichsolltarif. Hieraus war zu ersehen, daß unsere Forderungen durchaus berechtigt sind. Aus den nun folgenden Vorschlägen und Ausführungen in der Debatte merkte man, daß jeder Betrieb für sich sehen sollte, die 1,20 Mk. herauszuholen; denn in Anbetracht der jetzigen Wirtschaftslage wäre eine Aktion zwecklos. Um aber für alle Fälle eine Tür offen zu haben, und damit die Unternehmer nicht denken sollen, wir wären mit ihrem Vorschlag einverstanden, wurde ein Schreiben vom Kollegen Schlegel an die Unternehmer gefandt, worin wir auf unserer Forderung verharren und uns zu gegebener Zeit weitere Schritte vorbehalten. — Ein vielumstrittener Punkt war auch die Aufstellung eines neuen Tarifes, der gleich mit zur Vorlage gebracht werden soll. Im großen und ganzen haben wir bei den letzten Lohnstreitigkeiten ein Fiasko erlitten, was vielleicht erst im kommenden Frühjahr weitgemacht werden kann. Die Forderung des Kollegen Blank, jeden Monat eine Bezirksversammlung, abwechselnd in jedem Orte einmal, abzuhalten, wurde abgelehnt, nach anderen Vorschlägen finden sie je nach Bedarf statt, um keine Versammlungsmüdigkeit eintreten zu lassen. — Der Besuch der Versammlung konnte aber von den Einheimischen besser sein.

**Wesperiode.** In der am 19. September stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal bekanntgegeben. Ein Vortrag des Kollegen Böhle über Sozialgesetzgebung wurde von den Anwesenden mit Interesse verfolgt. Die Versammlung hätte besser besucht sein können. Der größte Teil der Kollegen hat noch nicht begriffen, wie vorteilhaft es für jeden einzelnen ist, solche Vorträge anzuhören. Dann wurde die Namensänderung der Zahlstelle Wesperiode in Zahlstelle Harzburg vorgenommen, da der Vorstand in Harzburg anständig ist und um somit eine Verspätung der schriftlichen Eingänge durch Verwechslung der Adresse zu verhindern. Für den auscheidenden Kassierer, Kollegen Brede, wurde Koll. Reinecke gewählt. Betreffs Lohnfrage ist eine augenblickliche Störung der Konjunktur zu erwähnen. Die Beiträge sind vom 1. Oktober ab auf 60 Pfg. zu erhöhen. Von den ausgegebenen Gytbeiträgen nahm die Versammlung Kenntnis. Den Unterassistenten wird ans Herz gelegt, die Beiträge pünktlich zu zahlen. Sehr gerügt wurde das Verhalten des früheren Unterassistenten Bues, der anscheinend nur vor hat, auf Kosten seiner Kollegen zu leben. Er ist bereits aus dem Verbände ausgetreten, mit dem Verprechen, seinen Verpflichtungen bis 1. Oktober nachzukommen. Bues wird an dieser Stelle aufgefordert, das Versprechen innezuhalten, andernfalls wir veröffentlichen, was von ihm vorliegt. Nach Erledigung einzelner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. (Bericht war auf beiden Seiten beschrieben, das soll nicht sein. Redakt.)

**Aus dem 6. Gau.** Daß den Unternehmern der Bergsträßer Porphyrtage schon bisher der Reichsarbeitsvertrag nebst den Bezirkslohnverträgen ein Dorn im Auge war, war der Arbeiterschaft dortiger Schotterbetriebe nur zu sehr bekannt, daß es aber diese Unternehmer zum offenen Bruch mit dem Reichsarbeitsvertrag und der mit ihm im vertraglichen Zusammenhang stehenden sachlichen Schlichtungsordnung kommen lassen würden, wie sie dies anlässlich der von der Geschäftsstelle des Tarifamts der S.W. angelegten Tarifamtsverhandlung durch ihr ostentatives Fernbleiben von derselben getan haben, das hat ihrer Vertragsfeindschaft die Krone aufgesetzt. Der Reichsarbeitsvertrag für die Deutschen Pflasterstein- und Schotterwerke und seine ihm beigegebene Schlichtungsordnung zur Regelung von Lohn- und Tarifvertragsstreitigkeiten bestimmt, daß, falls sich die beiden Vertragskontrahenten in ihren vorherigen Verhandlungen über diese Belange nicht einigen können, das Tarifamt zur weiteren Entscheidung zusammenzutreten hat, wobei beide Vertragsparteien die vertragliche Pflicht haben, hierzu ihre entsprechenden Beiträge zu stellen. Der Groß der Unternehmer darüber, daß die Arbeiterschaft als Ausgleich für die seit Wochen eingetretene Verteuerung des Lebensunterhaltes eine Lohnforderung von zehn Prozent gestellt hatte, ist nun den Unternehmern so in die Glieder gefahren, daß sie selbst vor einem offenen Bruch der vertraglichen Bestimmungen nicht zurückgeschreckt sind und in brüster Weise abgelehnt haben, Beiträge für das Tarifamt zu stellen. Das Verhalten dieser Unternehmer zeigt, daß ihnen Tarifverträge nur solange genehm sind, so weit sie selbst aus deren Bestehen möglichst viele Vorteile genießen können. Daß sich an diesem vertragsbrüchigen Verhalten auch die Direktion des staatlichen Porphyrtages in Döhlenheim mit beteiligt hat und auch dieses einen Beitrag zum Tarifamt nicht entrichtet hat, soll ebenfalls, zur besseren Kennzeichnung des Geistes, von dem die Herren der Porphyrtage seit einiger Zeit beherrscht sind, hervorgehoben werden. Dieser Geist ist wirklich nicht dazu angetan, vertrauenswürdig bei der Arbeiterschaft gegen solche Unternehmer zu wirken. Wenn die Unternehmer schon jeder weiteren Lohnzulage aufs feindseligste gegenüberstehen, so wäre es doch ihre vertragliche Pflicht gewesen, ihre Beiträge in das Tarifamt zu entsenden und nicht auch noch diese Vertragspflicht zu sabotieren. Wenn wieder einmal diese Herren die Mäste der Arbeiter- und Tariffreundlichkeit aufsetzen, wie sie dies in früheren Fällen hier und da getan haben, dann werden wir wissen, was es mit dieser Arbeiter- und Tariffreundlichkeit auf sich hat, d. h. die Arbeiterschaft wird dann wissen, daß alle diese Tariffreundlichkeit nur Schall und Rauch ist, und es wird dann diesen Herren die Mäste ihrer Arbeiter- und Tariffreundlichkeit ganz gehörig gelüftet werden. Das vertragsbrüchige Verhalten der Unternehmer ist um so verwerflicher, als gerade sie alle Veranlassung gehabt hätten, sich der Arbeiterschaft gegenüber erkenntlich und vertragstreu zu erweisen, denn große Teile der Betriebsbelegschaften hat die ganzen letzten Monate daher aus Gefälligkeit für diese Herren Unternehmer in über langer Arbeitszeit geschuftet und nun erhalten die alten guten Arbeiter hierfür in solcher Weise ihren Lohn. Wirklich ein sehr schlechter und undankbarer Lohn vom Hauje Harzburg. Die Verbände der Arbeiter haben gegen dieses vertragsbrüchige Verhalten Beschwerde beim Haupttarifamt eingeleitet und wollen wir nun einmal sehen, wie sich dieses hierzu stellt. Wir haben bisher über manche Mißstände dieses und jenes Betriebs hinweggesehen und davon Abstand genommen, der Öffentlichkeit hiervon Kenntnis zu geben. Ein solches Verhalten, wie es hier aber die Unternehmer an den Tag gelegt haben, erfordert es, daß die Öffentlichkeit und auch besonders die kommunalen und staatlichen Behörden, die in der Hauptsache die Abnehmer der Erzeugnisse dieser Firmen sind, Kenntnis hiervon erhalten.

## Rundschau.

**Die Berufsgesahren.** In der Sterbetafel dieser Ausgabe des „Steinarbeiter“ sind wiederum fünf Kollegen aufgeführt, die der Gefährlichkeit in der Steingewinnung den fälligen Tribut mit dem Leben zahlen mußten. Zu dem einen Fall wird uns aus dem Schwarzwald (Granitwerk Hornberg) geschrieben: Beim Nachprüfen eines Sprengschusses verunglückte am 23. September im Steinbruch der Granitwerke der Schießmeister Kollege Bertone, ein Italiener. Er begab sich nach einer dreiviertelstündigen Wartezeit an die Sprengstelle in der Annahme, daß der untere Teil der Ladung erschossen wäre. In diesem Augenblicke explodierte der Schuß und der Mann erlitt am ganzen Körper schwere Verwundungen und Knochenbrüche. Bertone, ein erfahrener Schießmeister, ist selbigen Tag gestorben; er ist Vater von drei unmündigen Kindern. Schuld ist dem Verunglückten nicht zuzuschreiben, die Wartezeit war überschritten. Gefährlichkeit der Steingewinnung ist die Ursache, wird abschließend festgestellt. — In Langenaubach wurde der Vorliegende unserer Zahlstelle, Kollege Ewald Klofi, am 28. September durch eine herabfallende Basaltfäule sofort getötet. Mit 29 Jahren ein Opfer des Berufs in der Steingewinnung.

Ein Witwer, und drei unmündige Kinder trauern um Vater und Ernährer.

Steinarbeiter, beachtet peinlich streng die Unfallverhütungsvorschriften, denkt erst an euer Leben, Gesundheit und Familie, dann erst kommt die Rentabilität des Betriebs oder vielmehr die Arbeitsleistung.

**Wer hat Anspruch auf Hausgeld?** Diese Frage hat öfters Streitfälle zwischen Krankentafelmitgliedern und der Krankenkasse nach sich gezogen. In der Reichsversicherungsordnung ist bestimmt, daß Hausgeld (an Stelle des Krankengeldes) einem Versicherten zu zahlen ist, wenn dieser vor seiner Aufnahme in einem Krankenhaus oder einer Klinik Angehöriger ganz oder überwiegend unterhalten hat. Der Anspruch auf diese Unterstützung besteht jedoch nur, wenn die Einweisung des Mitglieds in das Krankenhaus von der Krankenkasse aus erfolgt. Die Streitfrage war zumeist die, wer als Angehöriger des Versicherten anzusehen ist. Das Reichsversicherungsamt, als höchste Spruchbehörde für die Sozialversicherung, hat den Grundlag aufgestellt, daß als Angehörige im Sinne der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nur Familienmitglieder gelten, die in einem rechtlich anerkannten Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis zum Versicherten stehen. Den Begriff der Familie, das Verwandtschafts- und Schwägerschaftsverhältnis regelt das Bürgerliche Gesetzbuch. In erster Linie wird von der Ehefrau ein Anspruch auf Hausgeld geltend gemacht. Da es Pflicht des Mannes ist, die Ehefrau zu unterhalten, so steht der Ehefrau allgemein das Hausgeld zu; gleiches gilt auch für die ehelichen Kinder des Versicherten. Es kann auch der Fall sein, daß die Ehefrau erwerbstätig ist und der Ehemann z. B. infolge körperlicher Gebrechen von der Frau unterhalten wird. In solchem Falle steht dem Ehemann das Hausgeld zu, wenn seine Frau auf Kosten der Krankenkasse einem Krankenhaus überwiesen wird. Anders ist es jedoch bei geschiedenen Eheleuten. Geschiedene Ehegatten sind nicht mehr Angehörige. Danach steht einem geschiedenen Ehegatten, selbst wenn auf Grund des Ehescheidungsurteils überwiegend Unterhalt weiter gewährt wird, ein Anspruch auf Hausgeld nicht zu. Kinder, die ihre Eltern überwiegend unterhalten, haben für diese ebenfalls Hausgeld von der Krankenkasse zu beanspruchen. Dagegen ist die Anspruchsberechtigung eines unehelichen Kindes eine andere, da dieses mit dem Vater nicht verwandt ist. Dadurch fällt der Anspruch auf Hausgeld fort, trotzdem im allgemeinen die Unterhaltspflicht des Vaters im Bürgerlichen Gesetzbuch für das uneheliche Kind besonders geregelt ist. Es darf erwartet werden, daß dieser Mangel der Reichsversicherungsordnung behoben wird und auch den unehelichen Kindern die gleichen Rechte wie den ehelichen zustehen. Ist die Mutter des unehelichen Kindes oder deren Eltern gegen Krankheit versichert und wird das Kind von ihnen überwiegend unterhalten, so ist dem Kinde Hausgeld zu zahlen, wenn die Kindesmutter oder ein Elternteil in einem Krankenhaus untergebracht ist.

## Die Zölle und die Preisverbilligung.

Die Regierung hat bekanntlich bei der Preisentlastungsaktion ihrerseits den Anfang zu machen geglaubt, indem sie die Umsatzsteuer um 1/2 Prozent herabsetzte. Wenn man den Lebensmittelhandel als Unterlage nimmt, dann macht diese Ermäßigung der Umsatzsteuer beim Groß- und Einzelhandel 1 Prozent aus. In dem Augenblick, wo aber die Verbilligung, ausgehend von der Umsatzsteuer, in Kraft treten soll, tritt auch die Zollerhöhung in Kraft, die die Ersparnis der Umsatzsteuer nicht nur aufhebt, sondern noch wesentlich übertrifft. Was die Regierung also mit der einen Hand gibt, nimmt sie mit der andern doppelt und dreifach. Dafür einige Beispiele:

Waren	Preis im		Ermäßigung d. d. Umsatzst.	Preiserhöhung durch Zölle	Endergebnis Verteuerung
	Großhandel	Einzelhandel			
	Pro Pfund in Pfennigen				
Schmalz	97	110	1,035	3	1,065
Butter	212	240	2,25	11,25	9
Speck	123	155	1,5	7	5,5
Corned Beef	55	—	1	20	19

Während also durch die Umsatzsteuer die Preise durch ein geringes ermäßigt werden könnten, werden sie durch die Zölle nicht unwesentlich erhöht. Bei manchen Warengattungen ist es noch schlimmer: So beträgt die Verteuerung durch den Zoll bei der Einfuhr der kondensierten Milch 52 Prozent, gegenüber einer Ermäßigung durch die Umsatzsteuer von 1 Prozent. Der Hinweis, daß die Zölle Verhandlungsgötze seien, will nichts besagen, da die Zölle, da inwischen Handelsverträge wenig abgeschlossen wurden, restlos auf die Waren geschlagen werden. Jedenfalls ist die obige Gegenüberstellung ein Beweis für die Unzulänglichkeit der Preisentlastungsaktion einer Regierung, die das Pferd beim Schwanz aufzusäumen gedenkt.

## Der Sieg des Nachwächters.

Keine andere Frage hat den überzeugten Gewerkschaftler in den letzten Jahren so tief getroffen, wie den Verlust des Achtundtags. Mit allen Mitteln wird deshalb auch versucht, von dem jetzt meistgültigen 10- und 12-Stundentag loszukommen. Die Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 bietet dazu verschiedene Möglichkeiten.

Das Bestreben der Unternehmer ging und geht bekanntlich dahin, recht viel Arbeiter für 12 Stunden an den Betrieb zu fesseln; aber nur für 10 Stunden den Lohn zu zahlen. Diese Bemühungen können wir den Herrschaften nur versetzen, wenn wir ihnen nachweisen, daß sie den erhofften Verdienst (jeden Tag zwei Dienststunden gratis) nicht erreichen. Wo die Arbeitgeber gezwungen werden, für den 12-Stundentag auch 12 Stundenlöhne zu bezahlen, eventuell die elfte und zwölfte Stunde mit Ueberstundenzuschlag, da wird es ihnen auf die Dauer doch vorteilhafter erscheinen, an diesen Arbeitsstellen — besonders in der Wechselsschicht — lieber drei Mann mit je 8 Stunden zu beschäftigen, als zwei Mann mit je 12 Stunden, weil sie im ersteren Falle besser ausgenutzte, leistungsfähigere Kräfte an den Arbeitsplätzen haben, und die Lohnkosten nicht höher sind.

In diesem Sinne wird gewiß ein Urteil wirken, welches ein Wächter erzielte in seiner Klage gegen die Gelsenkirchner Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, Abteilung Schafke. Es wurde an dem Gewerbegericht Gelsenkirchen unter Aktenzeichen G. 137/1925 für Recht erkannt: Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 419 Reichsmark zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Durch Zeugen wurde vor Gericht erwiesen, daß der Kläger während sämtlicher Pausen aufpassen mußte. „Es handelt sich demnach“, so heißt es in der Begründung, „nicht um wirkliche Pausen oder um Arbeitsbereitschaft, sondern um wirkliche Arbeit. Wenn man bedenkt, daß der Kläger während seiner Tätigkeit 11 1/2 Stunden sich nicht sehen konnte, aber aufpassen mußte, so entspricht es auch der Billigkeit, daß 12 Stunden täglich bezahlt werden.“ Es war demnach nach dem Klageantrag zu erkennen.

Wenn man sieht, wie die Unternehmer in verschiedenen Industrien versuchen, alle möglichen Arbeiten unter den Begriff der „Arbeitsbereitschaft“ zu bringen, so zeigt das vorliegende Urteil mit bemerkenswerter Klarheit, daß man das Schärfer von Wert setzen, das Nichten von Geräten usw. nicht als Arbeitsbereitschaft bewerten kann, sondern auch eine rein beobachtende Tätigkeit als „Dienstleistung für den Unternehmer“ und damit als Arbeit ansehen muß.

## Adressenänderungen.

5. Gau: Köln II, Vorl.: Heinrich von Raffreuth, Mäckerstraße 22. Kassl.: Johann Ryll, Bonner Straße 49 III.
2. Gau: Löwenberg, Kassl.: Eduard Müller, Bismarckstraße 8.
6. Gau: Konfen bei Kusel (Pfalz). Vorl. und Kassl.: Peter Hermann.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Zeig. Der Steinseher Kollege Willy Ernst, eingetreten in Zeig am 1. 7. 1918, wird gebeten, seine jetzige Adresse der Filiale mitzuteilen.

## Briefkasten.

**Fr. Str.** 1. Selbstversicherer müssen aller zwei Jahre mindestens 40 Beitragsmarken verwenden. 2. Beim Zahnerjahz sowie bei einem Heilverfahren ist die Zahl der geklebten Marken ausschlaggebend. Die Frau hat also nicht allein die Kosten zu tragen.

**B. Münch.** Steinarbeiter-Genossenschaften bestehen im In- und Auslande. Speziell für Bildhauer sind uns, der Redaktion, keine bekannt geworden. Die Berliner Zahlstelle kann über die Berliner, und der internationale Sekretär über die Züricher nähere Mitteilung machen. Wende dich dorthin. — Jede ältere Zahlstelle ist im Besitz der „Geschichte der Organisation der Steinarbeiter“, von G. Kehler, und der Schrift: „Steinindustrie“ (Steingewinnung, Steinbearbeitung, Steinarbeiterlohn), deren Verfasser H. S. ist. Beide Schriften im Buchhandel und Verlag nicht mehr zu haben. — Jubiläumsnummer wurde per Post zugedacht. — Die älteren Zahlstellen sind auch im Besitz des überholten „Leitfadens“ von 1912, der ebenfalls zur Information gut dienen kann. Ebenso die älteren Jahrgänge „Steinarbeiter“.

**Achtung, Zeitungsempfänger.** Mitte November werden die Versandadressen neu angefertigt. Eventuelle Änderungen bis Ende Oktober einleiden.

## Neue Bücher, Zeitschriften.

**Der deutsche Arbeiter in der Wirtschaft.** Heft 15 der Schriftenreihe „Praktischer Sozialismus“ im Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. 32 Seiten, 50 Pfg., Porto 5 Pfg. Bei Mehrbezug billiger.

**Grundfragen deutscher Außenpolitik.** Von Ernst Nietisch. Heft 2 der Sammlung „Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft“ im Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. 40 Seiten, 60 Pfg. und 5 Pfg. Porto.

**Frauenwelt.** Halbmonatsschrift. Preis 30 Pfg., mit Schnittmusterbogen 40 Pfg. Verlag J. H. W. Diez Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

**Die Gemeinde.** Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit im Stadt und Land. Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

**Gewerkschafts-Archiv.** Herausgeber Karl Zwing. Verlag Gewerkschafts-Archiv, Jena, Camsdorfer Straße 10. Diese Monatshefte sind der Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung gewidmet. Preis pro Heft 1.20 Mk.

**Die Gesellschaft.** Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgeber Dr. Rudolf Hilferding. Verlag J. H. W. Diez Nachfolger, Berlin, Lindenstraße 3. Erscheinungsweise monatlich. Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an. Einzelheft 1.20 Mk. Vierteljährlich 3.60 Mk.

**Die Arbeit.** Zeitschrift für Gewerkschafts-, Politik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Th. Leipart. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S. 14, Jänischstraße 6. Post und Buchhandlungen und Ortsauslässe übernehmen Bestellungen. Vierteljährliches Abonnement für Organisationsmitglieder 2.40 Mk. Sonst 3 Mk.

## Anzeigen

### Sotsdam.

Am Sonntag, dem 11. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in unserem bekannten Versammlungslokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. — Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

## Marmorhaueru. Monteure

für dauernde Beschäftigung gesucht.  
Franz Euskirchen, Marmor- und Granitwerk, Oberhausen (Rhd.).

## 3 Steinmetzen

perfekt in Großplaster für sofort gesucht. Eilfostermeister Friedr. Ruckdeschel, Pflastermeister Selb in Bayern.

## Steinsetzer - Gesellen

für alle Pflasterarten werden eingestellt  
Paul Gresitzka, Steinsetzmeister Berlin-Lichterfelde, Dürerstr. 20  
Fernruf: Lichtenfelder Nr. 818 und 1659

## Pflasterhämmer

sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag.  
Franz Mager son., Inh. Reinhold Mager Berlin N. 20, Kochstraße 19.

## 15 Steinsetzer

werden sofort eingestellt. Dauernde Arbeit. Schlageliegenheit vorhanden.  
H. Dumann, Steinsetzmeister Straußberg bei Berlin.

## 20 tüchtige Steinmetzen

für dauernde Beschäftigung gesucht.  
Vereinigte Porphyrbüche auf dem Rochlitzer Berge G. m. b. H.  
Post Rochlitz in Sachsen.

Arbeiter der Steinindustrie, trägt nur den

## Garantie-Steinbruch-Schuh Marke „Fels“

aus Ia Material mit 2 durchgehenden Eichenlohsohlen dem Zweck entsprechend hergestellt, Einheitspreis 13.00 Rmk. Wir liefern seit Jahren an Betriebsverwaltungen und Zahlstellen zu erleichterten Zahlungsbedingungen. (Einzelpaare gegen Nachnahme bei portofreier Zusendung. Nichtpassendes nehmen wir zurück.) Man verlange Preislist. über unsere Art.  
Schenk & Welbers, Spezialfabrik für Steinbruch-Schuhe, Uedem (Rhd.)

## Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden

In **Wauzen** am 1. September der Pflastersteinmacher **Gustav Mierisch**, 33 Jahre alt, Unglücksfall, überfahren.

In **Greiz** am 6. September der Sandsteinmeß **Herrn Trints**, 50 Jahre alt, Herzschlag.

In **Zeil a. M.** am 7. September der Brecher **Johann Pfaff**, 51 Jahre alt, Betriebsunfall.

In **Steinach** am 12. September der Brecher **Fritz Elsmann**, 24 Jahre alt, Betriebsunfall.

In **Hornberg** am 23. September der Schießmeister **Viktor Bertone**, 38 Jahre alt, Sprengunfall.

In **Hannover** am 23. September der Steinseher **Ewald Schmelmann**, 34 Jahre alt, Magenoperation.

In **Duderstadt** am 26. September der Steinseher **Gustav Thiele**, 38 Jahre alt, Herzschlag.

In **Langenaubach** am 28. September der Brecher **Ewald Klotz**, 29 Jahre alt, Betriebsunfall.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.